

Tagung des Rats der OECD auf Ministerebene, 7.-8. Juni 2017

**ERKLÄRUNG DES VORSITZES DER TAGUNG
DES RATS AUF MINISTEREBENE 2017**

INTERNATIONALER HANDEL, INVESTITIONEN UND KLIMAWANDEL

1. Der Rat der OECD auf Ministerebene kam am 7.-8. Juni 2017 unter dem Vorsitz von Dänemark zusammen, um zu erörtern, wie gewährleistet werden kann, dass die Vorteile der Globalisierung weiteren Teilen der Bevölkerung zugutekommen. Bei der Tagung sprachen die Ministerinnen und Minister über internationalen Handel, Investitionen und Klimawandel.

2. Nach Ansicht des Vorsitzes der Ministerratstagung 2017 besteht unter den OECD-Mitgliedern Konsens über die folgenden Punkte:

- Die Feststellung, dass der Handel ein Motor für wirtschaftliches Wachstum, Arbeitsplatzschaffung und Lebensqualität ist, wobei wir die Bedeutung von internationalen Investitionen und freiem Kapitalverkehr bekräftigen.
- Die Notwendigkeit, den Handel durch Anstrengungen zum Abbau von Handelshindernissen und Handelskosten zu stimulieren – ohne dass dies mit einer Absenkung internationaler Standards verbunden wäre –, u.a. durch Handelserleichterungen und internationale Zusammenarbeit.
- Den begrüßenswerten Charakter des Inkrafttretens des WTO-Abkommens über Handelserleichterungen im Februar diesen Jahres und die Forderung nach voller Umsetzung dieses Abkommens.
- Die Forderung nach dringenden, gemeinsamen und wirkungsvollen Maßnahmen, um den Überkapazitäten in allen betroffenen Sektoren, darunter Stahlindustrie, Aluminiumherstellung und Schiffbau, zu begegnen.
- Den begrüßenswerten Charakter der durch die OECD erleichterten Einrichtung des Globalen Forums Überkapazitäten in der Stahlindustrie sowie des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern im Hinblick auf eine rasche Erfüllung des Auftrags dieses Forums.
- Die an das Forum gerichtete Aufforderung, den von den Staats- und Regierungschefs der G20 in Hangzhou vereinbarten Sachstandsbericht vorzulegen, wobei wir dem bevorstehenden G20-Gipfel in Hamburg mit Interesse entgegensehen.
- Die an die für Ausfuhrkredite zuständigen OECD-Organen gerichtete Aufforderung, ihre Arbeiten zu Good-Governance-Leitlinien und finanziellen Regeln für öffentliche Exportkredite fortzusetzen, und die Bekräftigung unserer Unterstützung für die Arbeit der Internationalen Arbeitsgruppe für Exportkredite.
- Die an die OECD gerichtete Aufforderung, ihre Analysen zu folgenden Themen fortzusetzen: globale Wertschöpfungsketten (gestützt auf die TiVA-Datenbank zum internationalen Handel auf Wertschöpfungsbasis), Handelserleichterungsmaßnahmen (gestützt auf aktualisierte Indikatoren der Handelserleichterung – TFI), Dienstleistungshandel (gestützt auf den Index der Ein-

schränkung des Dienstleistungshandels – STRI), Handel mit Industrie- und Agrarerzeugnissen (gestützt auf die Erhebung zur Produktmarktregulierung – PMR – bzw. Erzeugerstützungsmaße), Perspektiven des digitalen Handels und Optionen zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im Allgemeinen. Dies könnte Arbeiten zur Aufschlüsselung von Daten zu den Vorteilen einer weiteren Marktöffnung beinhalten, um empfehlenswerte Vorgehensweisen zu identifizieren und aufzuzeigen, wie Handel zu mehr Produktivität, Wachstum und Inklusivität beitragen kann.

- Die an die OECD gerichtete Aufforderung, weiter zu analysieren, wie sich die Vorteile des Handels erhöhen lassen und wie dafür gesorgt werden kann, dass sie weiteren Teilen der Bevölkerung zugutekommen, wobei wir die OECD auch dazu ermutigen, wirkungsvollere Methoden der Kommunikation über die Vorteile von Handel und offenen Märkten zu entwickeln.

3. Nach Ansicht des Vorsitzes der Ministerratstagung 2017 besteht unter den OECD-Mitgliedern auch nahezu Konsens über die folgenden Punkte:

- Die Bedeutung eines starken Engagements für regelbasierte internationale Handels- und Investitionsfreiheit, damit auf offenen internationalen Märkten gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen gelten und so nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Produktivität, Beschäftigung und Lebensqualität auf globaler Ebene gefördert werden.
- Die Bedeutung der Sicherung eines regelbasierten, transparenten, diskriminierungsfreien, offenen und inklusiven multilateralen Handelssystems, in dessen Zentrum die WTO steht, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle im Waren- und Dienstleistungshandel zu gewährleisten.
- Die Notwendigkeit einer Stärkung der Verhandlungs-, Streitbeilegungs- und Monitoring-funktionen der WTO und eines Engagements zur Zusammenarbeit, um der 11. WTO-Ministerkonferenz zum Erfolg zu verhelfen, damit sie positive Ergebnisse zeitigt und einen Weg für die internationale Regelsetzung in Handels- und Investitionsfragen aufzeigt, die für die Weltwirtschaft von Bedeutung sind.
- Die Feststellung, dass mit den WTO-Regeln im Einklang stehende mehrseitige Handelsabkommen mit breitem Teilnehmerkreis ein nützliches Instrument zur Förderung der Handelsliberalisierung sein können.
- Den begrüßenswerten Charakter des Übereinkommens über Informationstechnologie und dessen vor kurzem beschlossener Ausdehnung, womit unterstrichen wird, wie wichtig es ist, das Abkommen über Umweltgüter und das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen zeitnah abzuschließen.
- Die Anerkennung der Rolle bilateraler und regionaler Vereinbarungen als Ergänzung zu multilateralen Anstrengungen.
- Die Feststellung, dass mehr getan werden muss, um die betroffenen Akteure wirkungsvoll einzubeziehen und das Verständnis von Handelsabkommen zu verbessern.
- Die Bedeutung einer Bekräftigung des Bekenntnisses zur Aufrechterhaltung des Status quo und zum Abbau von Handelsschranken, um alle Formen von Protektionismus abzuwehren und unfairen Handelspraktiken entschlossen entgegenzutreten und alle Länder nachdrücklich zur Befolgung der internationalen Handelsregeln anzuhalten.

- Die Notwendigkeit, die Funktionsweise der Märkte zu verbessern, auf die Aufhebung aller marktverzerrenden Stützungsmaßnahmen durch staatliche oder halbstaatliche Stellen hinzuwirken und das Recht auf Einsatz von den WTO-Regeln entsprechenden, rechtmäßigen Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung solcher Praktiken und Durchsetzung unserer Rechte anzuerkennen.
 - Die Feststellung, dass der Handel nicht für alle von Vorteil war. Um sicherzustellen, dass der Handel allen zugutekommt, bedarf es geeigneter Anpassungsmaßnahmen sowie Rahmenbedingungen im Inland, die Chancen, Innovation und Wettbewerb fördern und ausländische Direktinvestitionen erleichtern.
 - Die an die OECD gerichtete Aufforderung, ihre Arbeiten fortzusetzen, um die Regierungen durch stärker miteinander verzahnte Politikempfehlungen zu unterstützen, in denen erläutert wird, wie Handel und Investitionen, internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Allgemeinen und entsprechende innerstaatliche Maßnahmen ein stärker inklusives Wachstum fördern können.
 - Die Anerkennung, dass das Pariser Klimaabkommen eine historische Vereinbarung ist, in der der gemeinsame Wille und die gemeinsame Entschlossenheit von fast 200 Ländern ihren Ausdruck finden und die entscheidend ist für die wirkungsvolle und dringend notwendige Bekämpfung des Klimawandels und die Umsetzung der Agenda 2030.
 - Die grundlegende Bedeutung des Pariser Klimaabkommens als Wegweiser für die notwendige Transformation zugunsten einer CO₂-armen Zukunft, für Klimaresilienz und für die Umorientierung der Finanzströme hin zu emissionsarmen, widerstandsfähigen Investitionen und als klares Signal für Wirtschaft und Investoren.
 - Die dringende Notwendigkeit, die globale Dynamik und internationale Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, um eine ambitionierte und rasche Umsetzung des Pariser Abkommens im Interesse der Bürger, der Wirtschaft und der künftigen Generationen zu gewährleisten.
 - Das starke Engagement für eine effektive Umsetzung unserer nationalen Klimaschutzbeiträge (NDC) sowie für im Lauf der Zeit immer ehrgeizigere Mitigations- und Adaptionsanstrengungen, um unsere gemeinsam eingegangene Verpflichtung zur Verwirklichung der langfristigen Ziele des Pariser Abkommens zu erfüllen.
 - Die Anerkennung des wertvollen Beitrags, den die OECD zur Förderung eines nachhaltigen, CO₂-armen und klimaresilienten Wachstums sowie zur Unterstützung der Anstrengungen der Länder zur Umsetzung des Pariser Abkommens leistet.
 - Den begrüßenswerten Charakter der Arbeiten der OECD, die aufzeigen, dass klimafreundliche Investitionen zugleich Lebensqualität und nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern und die längerfristige Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel erhöhen können, wie auch der von der OECD geplanten Arbeiten zur Erstellung von Politikanalysen und Leitlinien in diesem Bereich.
 - Die Bedeutung von Anstrengungen zugunsten einer besseren Anwendung und Förderung international anerkannter Sozial-, Arbeits-, Sicherheits-, Steuerzusammenarbeits- und Umweltstandards in allen Teilen der Weltwirtschaft und deren Lieferketten.
4. Der Vorsitz der Tagung des Rats auf Ministerebene ist sich darüber im Klaren, dass andere Mitglieder möglicherweise gesonderte Erklärungen abgeben möchten.